

EDITORIAL



**LIEBE LESERINNEN UND LESER,**

erfolgreiche Politik kann nur mit Mut und Entschlossenheit gelingen. Deshalb lassen wir uns bei der Diskussion um unsere Zukunftsoffensive Bildung auch nicht beirren. Wir haben im Wahlkampf beschlossen, unseren Kindern die Wege zu mehr Chancen, zu einer besseren und gerechteren Bildung zu ebnet – das halten wir.

Für diese Bildungsoffensive brauchen wir Ausdauer und Geld. Mit Blick auf die engen Grenzen, die uns der Haushalt des Landes setzt, ist es umso höher zu bewerten, dass Regierungsfraktion und Landesregierung für die Jahre 2014 bis 2017 nahezu eine Milliarde Euro dafür investieren. Unsere Kultusministerin Frauke Heiligenstadt arbeitet mit Hochdruck daran, dass unsere Bildungspolitik schnell umgesetzt und erfolgreich wird.

Das ist ein klares Bekenntnis zum Bildungsland Niedersachsen. Wir haben Verständnis dafür, dass eine Stunde mehr Unterrichtsverpflichtung bei den Gymnasiallehrern auf Protest und Enttäuschung stößt. Wir achten darauf, dass alle von der Zukunftsinitiative Bildung profitieren. Die Kinder in den Krippen, die Schülerinnen und Schüler in besser ausgestatteten Ganztagschulen, und die Studierenden in unserem Land, die demnächst keine Gebühren mehr bezahlen müssen.

Eure

Johanne Modder  
Vorsitzende der SPD-Fraktion im  
Niedersächsischen Landtag

## »FÜR ZUKUNFT BILDUNG ALLE VERANTWORTLICH«

Die Zukunft unserer Kinder, die Perspektiven für junge Menschen – Bildung ist das Thema Nummer eins in Niedersachsen. Fast eine Milliarde Euro will die Rot-Grüne Landesregierung dafür zusätzlich investieren: "Das ist ein deutliches Signal, wie ernst es Sozialdemokraten und Grünen mit dem Versprechen aus dem Wahlkampf ist", sagt Claus Peter Poppe, bildungspolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

»Für die Zukunft der Bildung sind wir alle verantwortlich«, betont der SPD-Bildungsexperte und erklärt, warum. »Wir müssen bei den Krippen und Kitas anfangen, denn unsere Zukunftsinitiative Bildung umfasst alle, die in Niedersachsen mit Bildung zu tun haben. Deshalb ist es eine Gemeinschaftsaufgabe.« Claus Peter Poppe selbst war 30 Jahre Beamter im Schuldienst und Gymnasiallehrer. Zur Diskussion um eine Stunde Mehrarbeit für niedersächsische Gymnasiallehrer hat er deshalb eine klare Meinung: »Ich habe Verständnis dafür, dass dieses Ergebnis unserer Haushaltsberatungen für Verärgerung sorgt, andererseits sollte man das Thema differenziert betrachten.«

Der Ländervergleich, der belegt, dass Gymnasiallehrer in anderen Bundesländern noch mehr Unterrichtsverpflichtung haben, könne nicht wegdiskutiert werden. »Zweitens gibt es im Gesamtpaket, das zur Zukunftsinitiative Bildung gehört, viele Inhalte, die auch den Gymnasien und den Lehrkräften zu Gute kommen«, erklärt Claus Peter Poppe. »Wir müssen mit der Bildung in diesen Zeiten früher ansetzen. Das ist die wichtigste Erkenntnis, der wir Rechnung tragen.« Deshalb sind bessere Krippen für Kleinkinder und Kindertagesstätten für den bildungspolitischen Sprecher der SPD-Landtagsfraktion zwei entscheidende Faktoren auf dem Weg zum Bildungsland Niedersachsen.

»Ich nenne nur ein Beispiel, um deutlich zu machen, welches Chaos uns die abgewählte Landesregierung hinterlassen hat«, sagt Poppe. Zum Einen seien die Ganztagschulen eine Mogelpackung gewesen, weil die meisten nur mit 25 Prozent der notwendigen Ausstattung gearbeitet hätten. Zum Anderen habe die alte



Landesregierung im Wahlkampf Investitionen versprochen, dafür aber kein Geld in den Haushalt eingestellt. »Das sind 100 Millionen Euro, die zusätzlich finanziert werden müssen«, rechnet Poppe vor. Die Rot-Grüne Landesregierung investiert dagegen in den Jahren 2014 bis 2017 eine Milliarde Euro zusätzlich. Das heißt im Einzelnen: »Regierung und Regierungsfractionen sind sich einig, dass wir 80 Millionen Euro zusätzlich für frühkindliche Bildung ausgeben. Das ergibt umgerechnet circa 5000 zusätzliche Betreuungsplätze in Krippen und Kitas.«

Wichtig sei auch, das Projekt der inklusiven Bildung mit ausreichend Geld auszustatten. »Dafür sind allein 20 Millionen Euro vorgesehen«, betont Poppe und macht deutlich: »Wir schaffen mit dieser Offensive, was schwarz-gelb nur versprochen hat. Mehr Chancen, mehr Gerechtigkeit im Bildungsland Niedersachsen.« Oder die Ganztagschulen: »Wir haben heute 1600 Ganztagschulen im Land. Davon sind aber nur 400 zu 100 Prozent ausgestattet, 1200 haben nur eine Minimalausstattung von 25 Prozent. Bis 2017 wollen wir mit der Zukunftsinitiative Bildung neben den 400 Ganztagschulen mit 100 Prozent, 1200 Ganztagschulen mit 75 Prozent und weitere 300 neue Ganztagschulen haben«, blickt der bildungspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion in die Zukunft. »Wer da von Versäumnissen rede, wolle diese Tatsachen bewusst ignorieren«, sagt Poppe. ■

**Zukunftsoffensive Bildung:  
Fast eine Milliarde Euro  
werden von der Landesregierung  
in Zusammenarbeit  
mit den Regierungsfractionen  
für Bildung in Niedersachsen  
zwischen 2014 und 2017  
investiert.**

Foto: Shutterstock



Claus Peter Poppe,  
bildungspolitischer Sprecher

# SPD-FRAKTION FÜR MEHR INKLUSION IM LANDTAG

SPD und Grüne legen erstmalig in der Geschichte des Landtags einen Antrag in Leichter Sprache vor



Während des August-Plenums trafen sich die Abgeordneten Uwe Schwarz und Holger Ansmann mit Britta Leese-mann, Alexa Köppen, Maïke Busch, Andreas Finken und Ivonne Kalter von den Hannoverschen Werkstätten.

Foto: SPD-Fraktion

Der Landtag Niedersachsen berät zum ersten Mal in seiner Geschichte einen Entschließungsantrag der rot-grünen Regierungsfractionen, der in der so genannten Leichten Sprache gefasst ist. Mit diesem Antrag wollen SPD und Grüne den Umbau des Landtages zu einem inklusiven Haus der Demokratie vorbereiten, damit zukünftig Menschen mit Benachteiligungen besser an den politischen Prozessen im Landtag teilhaben können. Die Leichte Sprache soll hierbei helfen, indem sie vor allem mit einfachen Wörtern und kurzen Sätzen arbeitet. Fremdwörter oder Fachbegriffe kommen nicht vor. Die Übersetzung des Antrags von Plenardeutsch in die Leichte Sprache erfolgte durch das Büro Leichte Sprache der Hannoverschen Werkstätten, eine gemeinnützige Gesellschaft, in deren verschiedenen Betrieben inzwischen rund 1000 Menschen mit Behinderung arbeiten.

Mit dem Antrag soll sich der Landtag zur Umsetzung der Ziele der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen bekennen, die seit 2009

in Deutschland rechtsverbindlich ist. Es geht dabei um nichts weniger als die Teilhabe aller ohne Einschränkungen am gesellschaftlichen und politischen Leben zu ermöglichen. Die Übersetzung des Antrags war daher nur eine logische Konsequenz, so der sozialpolitische Sprecher Uwe Schwarz. »Der Antrag in Leichter Sprache ist ein erster Schritt, künftig alle wichtigen politischen Informatio-

nen noch mehr Menschen zugänglich zu machen. Die Teilhabe aller Menschen gehört zum demokratischen Grundverständnis von Sozialdemokraten und Grünen«, betont Uwe Schwarz. Doch nicht nur der Antrag in Leichter Sprache soll der Beginn für mehr Inklusion im Landtag sein, auch beim anstehenden Umbau des Landtags soll von Anfang an ein barrierefreier Umbau geplant und durchgeführt werden.

»Es gilt immer noch viele Hindernisse auf dem Weg zu einer vollständigen Inklusion und einer inklusiven Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger unseres Landes auszuräumen.« Schwarz betont deshalb: »Beim Umbau des Landtages sollen diese Fehler vermieden werden, indem von Anfang an bei der Planung und Bauausführung die Belange von Menschen mit unterschiedlichen Arten von Behinderungen und Einschränkungen berücksichtigt werden.«

Das betreffe zum Beispiel Rampen für Menschen mit Gehhilfen, Rollstuhlfahrer und auch Eltern mit Kinderwagen. »Und das gilt zum Beispiel gleichermaßen auch für notwendige Leitsysteme für sehbehinderte und blinde Menschen sowie den Einbau von induktiven Höranlagen«, nennt der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Uwe Schwarz weitere Beispiele für einen inklusiven Landtag der Zukunft.

Nach der Einführung der inklusiven Schule in Niedersachsen, die von der rot-grünen Parlamentsmehrheit beschlossen und von der Landesregierung eingeführt worden ist, sei der inklusive Umbau des Landtages ein weiterer wichtiger Schritt zu mehr Teilhabe und Chancengleichheit in Niedersachsen, betont Uwe Schwarz. ■

## DIE WICHTIGSTEN ÄNDERUNGEN BEIM INKLUSIVEN LANDTAG AUF EINEN BLICK:

1. Das Internetangebot des Landtages soll barrierefrei gestaltet werden. Informationen zur Arbeit des Parlamentes und zu aktuellen politischen Diskussionen sollen auf den Internetseiten in der Leichten Sprache veröffentlicht werden.
2. Für Besuchergruppen, die das anmelden, soll ein Dolmetscher für Gebärdensprache eingesetzt werden.
3. Es soll geprüft werden, ob die Live-Übertragung der Plenarsitzungen des Landtages auch mit Untertiteln für Gehörlose oder Übersetzung in Gebärdensprache möglich ist.
4. Der Landtag soll im Zuge des Umbaus barrierefrei werden. Ebenso sollen die Ministerien barrierefrei gestaltet werden.

### Impressum

Herausgeber: SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag

#### Verantwortlich:

Lars Wegener, Geschäftsführer der SPD-Fraktion Niedersachsen

#### Mitarbeiter an dieser Ausgabe:

Frank Jungbluth, Duc Nguyen  
Nelly Schmitt, Katharina Wischmeyer.

Bildnachweis: SPD-Fraktion,  
Frank Jungbluth, Ralf Roletschek,  
Shutterstock

Redaktionsschluss: 6. September 2013

Redaktion: Frank Jungbluth,  
frank.jungbluth@lt.niedersachsen.de

#### Anschrift:

Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1  
30159 Hannover

www.spd-fraktion-niedersachsen.de

Layout & Satz: Anette Gilke  
mail@AnetteGilke.de

# FRAKTION IN AKTION

Zu den Aufgaben der Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion gehören das Zuhören und die Kontaktpflege. Nur wer das Gespräch sucht, sein Ohr buchstäblich am Puls der Zeit hat, kann eine Politik verfolgen, die den Bedürfnissen der Menschen und den Erfordernissen der modernen Zeit gerecht wird. Auf dieser Seite möchten wir ein paar Aktionen der SPD-Fraktion der vergangenen Wochen dokumentieren. ■

## AG MIGRATION UND TEILHABE BESUCHT SOZIALWERK NAZARETH



v.l.: Franziska Kirchmann, Claus Peter Poppe MdL, Roman Siewert, Filiz Polat MdL, Klaus Rinschedl, Holger Dirks, Christos Pantazis MdL, Landrat Harm-Uwe Weber, Jana Melching. Foto: SPD-Fraktion

Am 3. September besuchte die AG Migration und Teilhabe der Fraktionen SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Clearingstelle des Sozialwerks Nazareth in Norden-

Norddeich. Die Clearingstelle kümmert sich seit 20 Jahren um minderjährige Flüchtlinge, die ohne Begleitung von Sorgeberechtigten nach Deutschland einge-

reist sind. Momentan leben zehn Kinder unter 18 Jahren in der Jugendhilfeeinrichtung und werden dort durch qualifiziertes Personal betreut. ■

## ARBEITSKREIS VERBRAUCHERSCHUTZ HAT SICH KONSTITUIERT

Das Verbraucherschutzteam der SPD-Fraktion steht: Ronald Schminke, Sigrid Rakow, Stefan Klein, Dr. Alexander Saipa und Grant Hendrik Tonne werden sich zukünftig um die bessere Vertretung des Verbraucherschutzes kümmern. »Unser Ziel ist es, die Marktmacht der Verbraucherinnen und Verbraucher zu stärken. Verbraucherschutz ist eine Querschnittsaufgabe mit Schnittstellen zur Gesundheits-, Umwelt-, Bildungs-,

Wirtschafts- und Agrarpolitik« so Ronald Schminke, der Sprecher des Arbeitskreises. Als einer der ersten Aufgaben geht es der SPD um Lebensmittelsicherheit. Gerade in Niedersachsen sei hier viel Vertrauen verloren gegangen, das es nun wieder aufzubauen gilt. »Es gibt viel zu tun« so Schminke. Am 11. September nimmt der im Landtag neu eingerichtete Verbraucherschutz-Ausschuss seine Arbeit auf. ■



v.l.: Grant Hendrik Tonne MdL, Carola Sandkühler, Ronald Schminke MdL, Stefan Klein MdL, Dr. Alexander Saipa MdL. Es fehlt Sigrid Rakow MdL. Foto: SPD-Fraktion

## ATOMMÜLLLAGER ASSE: ERST GESAMTPLANUNG, DANN VERFÜLLUNG



Einfahrt in die Asse.

Foto: Bfs

Die Sanierungspläne an der Asse waren Thema im Umweltausschuss des Niedersächsischen Landtags. Im Kern ging es in der Sitzung vom 2. Spetember um die Arbeiten auf der 750-Meter-Sohle des Schachtes. Anlass war der Beginn erster Verfüllungen von Kammern im Bergwerk.

»Es war verabredet, dass die Verfüllung erst nach Vorlage einer Gesamtplanung beginnt«, äußerte sich SPD-Landtagsabgeordnete und Umweltpolitiker Marcus Bosse kritisch. Dagegen erläuterte das Bundesamt für Strahlenschutz, dass die »punktuellen Verfüll-

lungsmaßnahmen« zur Stabilisierung der Asse 2010 in einem Arbeitsprogramm festgelegt seien. Durch die Verfüllung der 750-Meter-Sohle könnte es, nach Meinung der Kritiker, nicht mehr zur Bergung des Atommülls kommen. Dies befürchteten auch Bürgerinitiativen.

Die SPD im niedersächsischen Landtag wird auch weiter ein Argusauge darauf haben, wie sich der Fortgang in der Asse darstellen wird. Marcus Bosse fordert einen »Masterplan Asse«, der für 10–15 Jahre gelten soll, um weitere Irritationen zu vermeiden. ■

# IMPRESSIONEN VOM SOMMERFEST VON SPD-FRAKTION UND LANDESVERBAND

Über tausend Gäste feierten mit der SPD-Landtagsfraktion und dem SPD-Landesverband Niedersachsen das diesjährige Sommerfest im Palaisgarten des Wilhelm-Busch-Museums in Hannover. ■



Ansturm auf das Sommerfest im Wilhelm-Busch-Museum.

Fotos (11) Nelly Schmitt



Das Wilhelm-Busch-Museum bot eine traumhafte Kulisse für das SPD-Sommerfest.



In Feierlaune: Malu Dreyer, Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz; unser Ministerpräsident Stephan Weil und SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder.



Sommerwetter, Sommerstimmung: Über eintausend Gäste genossen begeistert die Atmosphäre im Garten des Wilhelm-Busch-Museums.



Im Gespräch: SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder und Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne).



Bester Stimmung: SPD-Fraktionsgeschäftsführer Lars Wegener, SPD-Landesgeschäftsführerin Heike Werner und der stv. SPD-Landesgeschäftsführer Remmer Hein.



Plenum im Garten: MdL Gerd Will, Fraktionssprecher für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, im Gespräch.



Heitere Gespräche: Landtagsvizepräsidentin Dr. Gabriele Andretta, die Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz Malu Dreyer, die SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder und der SPD-Oberbürgermeister-Kandidat Stefan Schostok.



Sportlich: MdL Grant Hendrik Tonne, Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Landtagsfraktion, im Gespräch.



Illustre Runde: Die SPD-MdL Stefan Klein, Marcus Bosse (Fraktionssprecher für Umwelt, Energie und Klimaschutz) und Axel Brammer in geselliger Runde.



Gut gelaunt: Innenminister Boris Pistorius (z.v.l.) und SPD-Fraktionsvorsitzende Johanne Modder (Mitte). Mit dabei (v.l.): Nils Hilmmer, Leiter des Ministerbüros im Innenministerium; Pressesprecher der SPD-Fraktion Frank Jungbluth und Dr. Thorsten Kornblum, Persönlicher Referent von Boris Pistorius.